

Abgabenordnung: AO

Klein

15., völlig neubearbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-74362-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Klein
Abgabenordnung


DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abgabenordnung

einschließlich Steuerstrafrecht

Bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

Rechtsanwältin

Prof. Dr. Markus Jäger

Richter am Bundesgerichtshof

Bernd Rätke

Vorsitzender Richter am Finanzgericht

Dr. Eckart Ratschow

Richter am Bundesfinanzhof

Reinhart Rüsken

Rechtsanwalt,
Richter am Bundesfinanzhof a. D.

Prof. Dr. Francesca Werth

Richterin am Bundesfinanzhof

Begründet von

Prof. Dr. Franz Klein†

Präsident des Bundesfinanzhof a. D.

Gerd Orlopp†

Ministerialrat im Bundesministerium der
Finanzen a. D.

15., völlig neubearbeitete Auflage 2020



Zitierweise:

Klein/Gersch AO § 1 Rz. 1
Klein/Jäger AO § 369 Rz. 1
Klein/Rätke AO § 16 Rz. 1
Klein/Ratschow AO § 37 Rz. 1
Klein/Rüsken AO § 30 Rz. 1
Klein/Werth AO § 241 Rz. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74362 7

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 15. Auflage

Zwei Jahre nach dem Erscheinen der 14. Auflage freuen wir uns, nun die 15. Auflage vorzulegen und damit den bewährten Zwei-Jahres-Rhythmus für den „Klein“ einhalten zu können. Stand dieser Neuauflage ist der 15. April 2020. Wir haben daher auch die aktuellen BMF-Schreiben zur Corona-Krise in die Kommentierung eingearbeitet, die für das Erhebungs- und Vollstreckungsverfahren, das Gemeinnützigkeitsrecht und für die Abgabefristen ergangen sind. Dabei sollte aber schon hier im Vorwort nicht unerwähnt bleiben, dass es im Hinblick auf die Gewaltenteilung nicht unproblematisch ist, dass im steuerlichen Bereich bisher nur das BMF im Rahmen der Corona-Krise aktiv geworden ist, nicht aber der Gesetzgeber. Der „Klein“ wird die steuerliche Entwicklung im Bereich der Corona-Krise, die aktuell die Mehrheit der Unternehmen beeinträchtigt, auch in der Zukunft im Auge behalten und kritisch begleiten.

Unabhängig von der Corona-Krise gibt es in der Neuauflage zahlreiche Aktualisierungen, die wir in der Kommentierung vorgenommen haben. Hervorzuheben ist etwa das Gemeinnützigkeitsrecht, bei dem es um die Abgrenzung zwischen der Förderung der Allgemeinheit und der politischen Betätigung geht, wie das BFH-Urteil zu „attac“ zeigt. Weiterhin im Blickpunkt steht auch die Bekämpfung des Missbrauchs der Gemeinnützigkeitsregelungen, wenn gemeinnützige Körperschaften etwa vorrangig der steuerlichen Gestaltung dienen oder für andere, nicht gemeinnützige Ziele eingesetzt werden.

Vertieft wurden die Erläuterungen zum steuerlichen Datenschutz der §§ 29b f, 31c und 32a ff AO unter Berücksichtigung des Bundesdatenschutzgesetzes. Im Bereich der Buchführungsvorschriften sind die neuen GoBD vom 28.11.2019, die Übergangsfrist für die Einführung der zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung bei elektronischen Kassen und die umfangreiche Rechtsprechung zu den Anforderungen an eine ordnungsgemäße Buchführung in die Kommentierung eingeflossen. Vollständig überarbeitet wurden ferner die Änderungsvorschriften des § 174 Abs 4 und des § 175 AO.

Selbstverständlich wurden alle Gesetzesänderungen in dieser Neuauflage berücksichtigt und kommentiert. Während sich der Gesetzgeber zu Beginn unserer Bearbeitung eher zurückgehalten hatte, verabschiedete er zum Ende letzten Jahres zahlreiche Gesetze, die wir bei der Neuauflage berücksichtigt haben: So hat der Gesetzgeber im „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“, dem sog. Jahressteuergesetz 2019, die Organhaftung des § 73 AO geändert und damit auf die Rechtsprechung des BFH reagiert. Das „Dritte Bürokratieentlastungsgesetz“ erleichtert mit dem neuen § 147 Abs 6 Satz 6 AO den Unternehmen die Umstellung der elektronischen Buchführung, ohne gegen die Vorhaltepflcht für die digitale Außenprüfung zu verstoßen.

Keine inhaltliche Änderung verbunden ist mit den durch das „Zweite Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU“ eingeführten Änderungen der AO; diese sollen eine sprachliche Gleichstellung bewirken, indem die bisherige Formulierung „der Betroffene“ durch die Formulierung „die betroffene Person“ in zahlreichen Vorschriften der AO ersetzt worden ist. Ob diese Gleichstellung erforderlich gewesen ist und gegebenenfalls geglückt ist, mag der geneigte Leser für sich entscheiden.

Zu einer wesentlichen inhaltlichen Änderung ist es schließlich durch das „Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuerergänzungen“ gekommen: Allein das Lesen der neu eingeführten §§ 138d–138k AO fordert höchste Anstrengung – vom Verstehen der Neuregelungen ganz abgesehen.

Vorwort

Man darf insoweit von einem „Tiefpunkt der deutschen Steuergesetzgebung“ sprechen, wie dies in der Neukommentierung zu § 138d AO formuliert wird. Bedenklich ist hier die Tendenz des Gesetzgebers, den Angehörigen der steuerberatenden Berufe Melde- und Prüfpflichten zu übertragen, die sich mit dem Mandatsverhältnis nur schwer vereinbaren lassen, und eine Pflichtverletzung auch noch zu sanktionieren.

Auch im Erscheinungsbild des Kommentars hat sich etwas geändert, nämlich die Zitierweise: Bislang hatten wir die Rechtsprechungsätze so kurz wie nötig gehalten und auf Aktenzeichen und Datum verzichtet. In der Neuauflage haben wir die neu eingefügten Rechtsprechungsätze nun mit Aktenzeichen und Datum versehen; dies ermöglicht den Online-Nutzern eine eindeutige Verlinkung auf die entsprechende Fundstelle. Bei den Zitaten, die bereits in der Voraufgabe enthalten waren, bleibt es hingegen noch bei der bisherigen Zitierweise, so dass diese weiterhin ohne Datum und Aktenzeichen aufgeführt werden. Die sich daraus ergebende Uneinheitlichkeit des Erscheinungsbilds wird künftig beseitigt werden; angesichts der Vielzahl der hierfür erforderlichen Anpassungen bei den Zitaten war dies aber in dieser Auflage noch nicht zu bewältigen.

Dass dieser Kommentar in der gewohnten Qualität erscheinen kann, liegt nicht zuletzt an der Lektorin Frau *Elisabeth Weber-Neumann*, die außergewöhnlich sorgfältig mitliest, koordiniert und auch motiviert. Wir möchten ihr ganz herzlich für Ihre hervorragende Arbeit danken.

An Sie, liebe Leser, haben wir zum Schluss noch eine Bitte: Sollten Sie auf einen Fehler stoßen oder Kritik und Anregungen äußern wollen, laden wir Sie freudig ein, Ihre Mitteilung an die E-Mail-Adresse Steuerrecht@beck.de zu richten. Vielen Dank im Voraus – und bleiben Sie gesund!

Im April 2020

Die Autoren
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Redaktioneller Hinweis:

Lücken bei den Randziffern bzw. gelegentliche Randziffernsprünge sind *bewusst gesetzt*, damit notwendige Ergänzungen in späteren Auflagen nicht eine Änderung *aller* Randziffern der betreffenden Kommentierung erforderlich machen.

Vorwort zur 1. Auflage

Die erste grundlegende Änderung der RAO von 1919 durch die AO 1977 macht es notwendig, daß alle Erläuterungswerke zur AO völlig neu bearbeitet werden müssen. In der bei den Juristen bekannten Reihe Beck'scher Kurzerläuterungen der Gerichts- und Verwaltungsverfahrensverordnungen wird mit der Kommentierung der AO eine wesentliche Lücke für den steuerberatenden Beruf geschlossen. Die Autoren waren bemüht, ein handliches Erläuterungswerk für den täglichen Gebrauch in der Praxis zu schaffen, das sich an Art und Systematik der vorliegenden bewährten Bände der Reihe orientiert.

Bei den Erläuterungen wurde die Begründung des Gesetzentwurfs (BT-Drucks. VI/1982) und der schriftliche Bericht (BT-Drucks. VII/4292) soweit wie möglich aufgenommen. Die gerichtlichen Entscheidungen sind so ausgewählt, daß möglichst nur jeweils die letzte oder die wichtigste zitiert wurde, über die dann der Benutzer zu den früheren Entscheidungen finden kann. Da die Erlasse, Richtlinien und allgemeinen Verwaltungsanweisungen noch einer umfassenden Überprüfung bedürfen, ob und inwieweit sie unter der Geltung der AO 1977 überarbeitet und neu erlassen werden sollen, haben es die Verfasser auf sich genommen, die in den Verwaltungsanweisungen etc. niedergelegten Rechtsgrundsätze auf ihre Vereinbarkeit mit der AO zu überprüfen und, soweit sie als fortgeltend anzusehen sind, bei den betreffenden Bestimmungen in die Erläuterungen eingearbeitet. Die zur Ergänzung der RAO erlassene Beitreibungsordnung ist durch das Einführungsgesetz zur AO 1977 ausdrücklich aufgehoben worden. Eine neue Beitreibungsordnung ist in Vorbereitung.

Der Einführungserlaß zur AO 1977 wurde, soweit erforderlich, bei den einzelnen Paragraphen eingearbeitet und zum Teil im Wortlaut eingefügt.

Das ganze Werk ist von Grund auf neu erstellt und wird eventuell noch bestehende Verbesserungsmöglichkeiten gern in den weiteren Auflagen berücksichtigen. Die Bearbeitung entspricht dem Stande vom Februar 1977 und hat die in der Diskussion befindlichen Verwaltungsanordnungen soweit als möglich berücksichtigt.

Dem Verlag sind wir für die vortreffliche Betreuung und für viele Anregungen zu großem Dank verpflichtet.

Es haben bearbeitet die Paragraphen 1–3, 218–368 Ministerialdirektor Dr. Franz Klein, die Einführung sowie die Paragraphen 4–217 und 369–415 Ministerialrat Gerd Orlopp.

Bonn, im März 1977

Die Verfasser

Bearbeiterverzeichnis

Es wurden bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

§§ 1–15, Vor 51–68

Prof. Dr. Markus Jäger

§§ 369–415

Bernd Rätke

§§ 16–29a, 78–117d, 134–154, Vor 347–368

Dr. Eckart Ratschow

§§ 37–49, 118–129, 179–190

Reinhart Rüsen

§§ 29b–36, 50, 69–77, 130–133, 155–178a, 191–240

Prof. Dr. Franceska Werth

Vor §§ 241–346


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 15. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Bearbeiterverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XXI

Erster Teil Einleitende Vorschriften

Erster Abschnitt. Anwendungsbereich	2
§ 1 Anwendungsbereich	2
§ 2 Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	6
§ 2a Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verarbeitung personen- bezogener Daten	11
Zweiter Abschnitt. Steuerliche Begriffsbestimmungen	13
§ 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen	13
§ 4 Gesetz	24
§ 5 Ermessen	41
§ 6 Behörden, öffentliche und nicht-öffentliche Stellen, Finanzbehörden ...	49
§ 7 Amtsträger	53
§ 8 Wohnsitz	54
§ 9 Gewöhnlicher Aufenthalt	61
§ 10 Geschäftsleitung	63
§ 11 Sitz	64
§ 12 Betriebsstätte	66
§ 13 Ständiger Vertreter	74
§ 14 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	75
§ 15 Angehörige	84
Dritter Abschnitt. Zuständigkeit der Finanzbehörden	87
§ 16 Sachliche Zuständigkeit	87
§ 17 Örtliche Zuständigkeit	89
§ 18 Gesonderte Feststellungen	91
§ 19 Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	96
§ 20 Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	103
§ 20a Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	104
§ 21 Umsatzsteuer	108
§ 22 Realsteuern	110
§ 22a Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	111
§ 23 Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	112
§ 24 Ersatzzuständigkeit	114
§ 25 Mehrfache örtliche Zuständigkeit	115
§ 26 Zuständigkeitswechsel	116
§ 27 Zuständigkeitsvereinbarung	121
§ 28 Zuständigkeitsstreit	124
§ 29 Gefahr im Verzug	125
§ 29a Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamts auf Anweisung der vorgesetzten Finanzbehörde	125

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

Vierter Abschnitt. Verarbeitung geschützter Daten und Steuergeheimnis	126
§ 29b Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden	126
§ 29c Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu anderen Zwecken	133
§ 30 Steuergeheimnis	137
§ 30a [aufgehoben]	176
§ 31 Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	176
§ 31a Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	178
§ 31b Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	181
§ 31c Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu statistischen Zwecken	183
Fünfter Abschnitt. Haftungsbeschränkung für Amtsträger	185
§ 32 Haftungsbeschränkung für Amtsträger	185
Sechster Abschnitt. Rechte der betroffenen Person	188
§ 32a Informationspflicht der Finanzbehörde bei Erhebung personenbezogener Daten bei betroffenen Personen	188
§ 32b Informationspflicht der Finanzbehörde, wenn personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	190
§ 32c Auskunftsrecht der betroffenen Person	191
§ 32d Form der Information oder Auskunftserteilung	193
§ 32e Verhältnis zu anderen Auskunfts- und Informationszugangsansprüchen	194
§ 32f Recht auf Berichtigung und Löschung, Widerspruchsrecht	195
Siebter Abschnitt. Datenschutzaufsicht, Gerichtlicher Rechtsschutz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten	196
§ 32g Datenschutzbeauftragte der Finanzbehörden	196
§ 32h Datenschutzrechtliche Aufsicht, Datenschutz-Folgenabschätzung	197
§ 32i Gerichtlicher Rechtsschutz	199
§ 32j Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission	201

Zweiter Teil Steuerschuldrecht

Erster Abschnitt. Steuerpflichtiger	203
§ 33 Steuerpflichtiger	203
§ 34 Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter	209
§ 35 Pflichten des Verfügungsberechtigten	215
§ 36 Erlöschen der Vertretungsmacht	219
Zweiter Abschnitt. Steuerschuldverhältnis	220
§ 37 Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	220
§ 38 Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	240
§ 39 Zurechnung	247
§ 40 Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	267
§ 41 Unwirksame Rechtsgeschäfte	270
§ 42 Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	278
§ 43 Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	311
§ 44 Gesamtschuldner	313

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

§ 45	Gesamtrechtsnachfolge	318
§ 46	Abtretung, Verpfändung, Pfändung	323
§ 47	Erlöschen	333
§ 48	Leistung durch Dritte, Haftung Dritter	336
§ 49	Verschollenheit	337
§ 50	Erlöschen und Unbedingtwerden der Verbrauchsteuer, Übergang der bedingten Verbrauchsteuerschuld	338
Dritter Abschnitt. Steuerbegünstigte Zwecke		339
<i>Vor § 51</i>		339
§ 51	Allgemeines	344
§ 52	Gemeinnützige Zwecke	353
§ 53	Mildtätige Zwecke	373
§ 54	Kirchliche Zwecke	377
§ 55	Selbstlosigkeit	379
§ 56	Ausschließlichkeit	392
§ 57	Unmittelbarkeit	394
§ 58	Steuerlich unschädliche Betätigungen	397
§ 59	Voraussetzung der Steuervergünstigung	405
§ 60	Anforderungen an die Satzung	408
§ 60a	Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	411
§ 61	Satzungsmäßige Vermögensbindung	414
§ 62	Rücklagen und Vermögensbildung	417
§ 63	Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	424
§ 64	Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	430
§ 65	Zweckbetrieb	436
§ 66	Wohlfahrtspflege	441
§ 67	Krankenhäuser	445
§ 67a	Sportliche Veranstaltungen	447
§ 68	Einzelne Zweckbetriebe	455
Vierter Abschnitt. Haftung		462
§ 69	Haftung der Vertreter	462
§ 70	Haftung des Vertretenen	491
§ 71	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers	494
§ 72	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit	499
§ 72a	Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden	501
§ 73	Haftung bei Organschaft	502
§ 74	Haftung des Eigentümers von Gegenständen	505
§ 75	Haftung des Betriebsübernehmers	509
§ 76	Sachhaftung	516
§ 77	Duldungspflicht	519

Dritter Teil Allgemeine Verfahrensvorschriften

Erster Abschnitt. Verfahrensgrundsätze		521
1. Unterabschnitt. Beteiligung am Verfahren		521
§ 78	Beteiligte	521
§ 79	Handlungsfähigkeit	523
§ 80	Bevollmächtigte und Beistände	526
§ 80a	Elektronische Übermittlung von Vollmachtsdaten an Landesfinanzbehörden	540
§ 81	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	543

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

2. Unterabschnitt. Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen	545
§ 82 Ausgeschlossene Personen	545
§ 83 Besorgnis der Befangenheit	546
§ 84 Ablehnung von Mitgliedern eines Ausschusses	547
3. Unterabschnitt. Besteuerungsgrundsätze, Beweismittel	548
I. Allgemeines	548
§ 85 Besteuerungsgrundsätze	548
§ 86 Beginn des Verfahrens	553
§ 87 Amtssprache	554
§ 87a Elektronische Kommunikation	555
§ 87b Bedingungen für die elektronische Übermittlung von Daten an Finanzbehörden	563
§ 87c Nicht amtliche Datenverarbeitungsprogramme für das Besteuerungsverfahren	564
§ 87d Datenübermittlungen an Finanzbehörden im Auftrag	565
§ 87e Ausnahmeregelung für Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, Verbrauchsteuern und die Luftverkehrsteuer	567
§ 88 Untersuchungsgrundsatz	568
§ 88a Sammlung von geschützten Daten	583
§ 88b Länderübergreifender Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen	584
§ 89 Beratung, Auskunft	585
§ 90 Mitwirkungspflichten der Beteiligten	602
§ 91 Anhörung Beteiligter	616
§ 92 Beweismittel	622
II. Beweis durch Auskünfte und Sachverständigengutachten	625
§ 93 Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	625
§ 93a Allgemeine Mitteilungspflichten	643
§ 93b Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	646
§ 93c Datenübermittlung durch Dritte	649
§ 93d Verordnungsermächtigung	655
§ 94 Eidliche Vernehmung	656
§ 95 Versicherung an Eides statt	658
§ 96 Hinzuziehung von Sachverständigen	660
III. Beweis durch Urkunden und Augenschein	663
§ 97 Vorlage von Urkunden	663
§ 98 Einnahme des Augenscheins	666
§ 99 Betreten von Grundstücken und Räumen	667
§ 100 Vorlage von Wertsachen	670
IV. Auskunfts- und Vorlageverweigerungsrechte	670
§ 101 Auskunfts- und Eidesverweigerungsrecht der Angehörigen	670
§ 102 Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	672
§ 103 Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit	677
§ 104 Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden	680
§ 105 Verhältnis der Auskunfts- und Vorlagepflicht zur Schweigepflicht öffentlicher Stellen	683
§ 106 Beschränkung der Auskunfts- und Vorlagepflicht bei Beeinträchtigung des staatlichen Wohls	684
V. Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	685

§ 107 Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	685
4. Unterabschnitt. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	687
§ 108 Fristen und Termine	687
§ 109 Verlängerung von Fristen	692
§ 110 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	695
5. Unterabschnitt. Rechts- und Amtshilfe	719
§ 111 Amtshilfepflicht	719
§ 112 Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	722
§ 113 Auswahl der Behörde	724
§ 114 Durchführung der Amtshilfe	725
§ 115 Kosten der Amtshilfe	725
§ 116 Anzeige von Steuerstraftaten	726
§ 117 Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	727
§ 117a Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	778
§ 117b Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates übermittelten Daten	783
§ 117c Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	784
§ 117d Statistiken über die zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe	788
Zweiter Abschnitt. Verwaltungsakte	789
§ 118 Begriff des Verwaltungsakts	789
§ 119 Bestimmtheit und Form des Verwaltungsakts	803
§ 120 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	816
§ 121 Begründung des Verwaltungsakts	819
§ 122 Bekanntgabe des Verwaltungsakts	823
§ 122a Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf	850
§ 123 Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	852
§ 124 Wirksamkeit des Verwaltungsakts	853
§ 125 Nichtigkeit des Verwaltungsakts	856
§ 126 Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	861
§ 127 Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	865
§ 128 Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	868
§ 129 Offenbare Unrichtigkeiten beim Erlass eines Verwaltungsakts	871
§ 130 Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts	883
§ 131 Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	894
§ 132 Rücknahme, Widerruf, Aufhebung und Änderung im Rechtsbehelfsverfahren	898
§ 133 Rückgabe von Urkunden und Sachen	899

Vierter Teil

Durchführung der Besteuerung

Erster Abschnitt. Erfassung der Steuerpflichtigen	901
1. Unterabschnitt. Personenstands- und Betriebsaufnahme	901
§ 134 bis § 136 [aufgehoben]	901
2. Unterabschnitt. Anzeigepflichten	901
§ 137 Steuerliche Erfassung von Körperschaften, Vereinigungen und Vermögensmassen	901
§ 138 Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	901
§ 138a Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen	911

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 138b Mitteilungspflicht Dritter über Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger zu Drittstaat-Gesellschaften	919
§ 138c Verordnungsermächtigung	923
§ 138d Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	924
§ 138e Kennzeichen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	934
§ 138f Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Intermediäre	944
§ 138g Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Nutzer	952
§ 138h Mitteilungen bei marktfähigen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	954
§ 138i Informationen der Landesfinanzbehörden	955
§ 138j Auswertung der Mitteilungen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	955
§ 138k Angabe der grenzüberschreitenden Steuergestaltung in der Steuererklärung	956
§ 139 Anmeldung von Betrieben in besonderen Fällen	957
3. Unterabschnitt. Identifikationsmerkmal	958
§ 139a Identifikationsmerkmal	958
§ 139b Identifikationsnummer	959
§ 139c Wirtschafts-Identifikationsnummer	966
§ 139d Verordnungsermächtigung	971
Zweiter Abschnitt. Mitwirkungspflichten	972
1. Unterabschnitt. Führung von Büchern und Aufzeichnungen	972
§ 140 Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen ..	972
§ 141 Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	977
§ 142 Ergänzende Vorschriften für Land- und Forstwirte	983
§ 143 Aufzeichnung des Wareneingangs	984
§ 144 Aufzeichnung des Warenausgangs	985
§ 145 Allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnungen ..	988
§ 146 Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen ..	992
§ 146a Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen mittels elektronischer Aufzeichnungssysteme; Verordnungsermächtigung	1023
§ 146b Kassen-Nachschau	1034
§ 147 Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	1038
§ 147a Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger	1058
§ 148 Bewilligung von Erleichterungen	1068
2. Unterabschnitt. Steuererklärungen	1069
§ 149 Abgabe der Steuererklärungen	1069
§ 150 Form und Inhalt der Steuererklärungen	1079
§ 151 Aufnahme der Steuererklärung an Amtsstelle	1093
§ 152 Verspätungszuschlag	1094
§ 153 Berichtigung von Erklärungen	1111
3. Unterabschnitt. Kontenwahrheit	1118
§ 154 Kontenwahrheit	1118
Dritter Abschnitt. Festsetzungs- und Feststellungsverfahren	1126
1. Unterabschnitt. Steuerfestsetzung	1126
I. Allgemeine Vorschriften	1126
§ 155 Steuerfestsetzung	1126

§ 156	Absehen von Steuerfestsetzung	1142
§ 157	Form und Inhalt der Steuerbescheide	1143
§ 158	Beweiskraft der Buchführung	1149
§ 159	Nachweis der Treuhänderschaft	1151
§ 160	Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern	1154
§ 161	Fehlmenngen bei Bestandsaufnahmen	1160
§ 162	Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	1162
§ 163	Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen	1180
§ 164	Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	1202
§ 165	Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung	1214
§ 166	Drittwirkung der Steuerfestsetzung	1229
§ 167	Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern	1232
§ 168	Wirkung einer Steueranmeldung	1236
II.	Festsetzungsverjährung	1239
§ 169	Festsetzungsfrist	1239
§ 170	Beginn der Festsetzungsfrist	1249
§ 171	Ablaufhemmung	1259
III.	Bestandskraft	1287
§ 172	Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1287
§ 173	Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel	1302
§ 173a	Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung	1330
§ 174	Widerstreitende Steuerfestsetzungen	1332
§ 175	Änderung von Steuerbescheiden auf Grund von Grundlagenbeschei- den und bei rückwirkenden Ereignissen	1350
§ 175a	Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	1371
§ 175b	Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte	1371
§ 176	Vertrauensschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1373
§ 177	Berichtigung von materiellen Fehlern	1380
IV.	Kosten	1384
§ 178	Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Zollbehörden	1384
§ 178a	Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Finanzbehörden	1386
2.	Unterabschnitt. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Festsetzung von Steuermessbeträgen	1388
I.	Gesonderte Feststellungen	1388
§ 179	Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1388
§ 180	Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1399
§ 181	Verfahrensvorschriften für die gesonderte Feststellung, Feststellungs- frist, Erklärungsfrist	1419
§ 182	Wirkungen der gesonderten Feststellung	1428
§ 183	Empfangsbevollmächtigte bei der einheitlichen Feststellung	1436
II.	Festsetzung von Steuermessbeträgen	1444
§ 184	Festsetzung von Steuermessbeträgen	1444
3.	Unterabschnitt. Zerlegung und Zuteilung	1448
§ 185	Geltung der allgemeinen Vorschriften	1448
§ 186	Beteiligte	1449
§ 187	Akteneinsicht	1450
§ 188	Zerlegungsbescheid	1450
§ 189	Änderung der Zerlegung	1451

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 190	Zuteilungsverfahren	1452
4.	Unterabschnitt. Haftung	1452
§ 191	Haftungsbescheide, Duldungsbescheide	1452
§ 192	Vertragliche Haftung	1482
Vierter Abschnitt. Außenprüfung	1483
1.	Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1483
§ 193	Zulässigkeit einer Außenprüfung	1483
§ 194	Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	1493
§ 195	Zuständigkeit	1504
§ 196	Prüfungsanordnung	1508
§ 197	Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	1516
§ 198	Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	1521
§ 199	Prüfungsgrundsätze	1521
§ 200	Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	1522
§ 201	Schlussbesprechung	1527
§ 202	Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	1528
§ 203	Abgekürzte Außenprüfung	1530
§ 203a	Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte	1531
2.	Unterabschnitt. Verbindliche Zusagen auf Grund einer Außenprüfung	1532
§ 204	Voraussetzung der verbindlichen Zusage	1532
§ 205	Form der verbindlichen Zusage	1538
§ 206	Bindungswirkung	1539
§ 207	Außerkräfttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	1540
Fünfter Abschnitt. Steuerfahndung (Zollfahndung)	1541
§ 208	Steuerfahndung (Zollfahndung)	1541
Sechster Abschnitt. Steueraufsicht in besonderen Fällen	1557
§ 209	Gegenstand der Steueraufsicht	1557
§ 210	Befugnisse der Finanzbehörde	1558
§ 211	Pflichten der betroffenen Person	1562
§ 212	Durchführungsvorschriften	1562
§ 213	Besondere Aufsichtsmaßnahmen	1563
§ 214	Beauftragte	1564
§ 215	Sicherstellung im Aufsichtsweg	1565
§ 216	Überführung in das Eigentum des Bundes	1567
§ 217	Steuerhilfspersonen	1568

Fünfter Teil Erhebungsverfahren

Erster Abschnitt. Verwirklichung, Fälligkeit und Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1571
1.	Unterabschnitt. Verwirklichung und Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1571
§ 218	Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1571
§ 219	Zahlungsaufforderung bei Haftungsbescheiden	1583
§ 220	Fälligkeit	1585
§ 221	Abweichende Fälligkeitsbestimmung	1588
§ 222	Stundung	1589
§ 223	[aufgehoben]	1596

2. Unterabschnitt. Zahlung, Aufrechnung, Erlass	1596
§ 224 Leistungsort, Tag der Zahlung	1596
§ 224a Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs statt	1599
§ 225 Reihenfolge der Tilgung	1600
§ 226 Aufrechnung	1602
§ 227 Erlass	1622
3. Unterabschnitt. Zahlungsverjährung	1630
§ 228 Gegenstand der Verjährung, Verjährungsfrist	1630
§ 229 Beginn der Verjährung	1632
§ 230 Hemmung der Verjährung	1634
§ 231 Unterbrechung der Verjährung	1634
§ 232 Wirkung der Verjährung	1640
Zweiter Abschnitt. Verzinsung, Säumniszuschläge	1641
1. Unterabschnitt. Verzinsung	1641
§ 233 Grundsatz	1641
§ 233a Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	1643
§ 234 Stundungszinsen	1656
§ 235 Verzinsung von hinterzogenen Steuern	1660
§ 236 Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge	1665
§ 237 Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	1671
§ 238 Höhe und Berechnung der Zinsen	1676
§ 239 Festsetzung der Zinsen	1677
2. Unterabschnitt. Säumniszuschläge	1681
§ 240 Säumniszuschläge	1681
Dritter Abschnitt. Sicherheitsleistung	1691
Vor §§ 241 ff.	1691
§ 241 Art der Sicherheitsleistung	1692
§ 242 Wirkung der Hinterlegung von Zahlungsmitteln	1696
§ 243 Verpfändung von Wertpapieren	1696
§ 244 Taugliche Steuerbürgen	1697
§ 245 Sicherheitsleistung durch andere Werte	1698
§ 246 Annahmewerte	1699
§ 247 Austausch von Sicherheiten	1700
§ 248 Nachschusspflicht	1700

Sechster Teil

Vollstreckung

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften	1701
Vor § 249	1701
§ 249 Vollstreckungsbehörden	1702
§ 250 Vollstreckungsersuchen	1705
§ 251 Vollstreckbare Verwaltungsakte	1707
§ 252 Vollstreckungsgläubiger	1719
§ 253 Vollstreckungsschuldner	1719
§ 254 Voraussetzungen für den Beginn der Vollstreckung	1719
§ 255 Vollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts	1722
§ 256 Einwendungen gegen die Vollstreckung	1723
§ 257 Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung	1724
§ 258 Einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	1726

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

Zweiter Abschnitt. Vollstreckung wegen Geldforderungen	1730
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1730
§ 259 Mahnung	1730
§ 260 Angabe des Schuldgrundes	1730
§ 261 Niederschlagung	1731
§ 262 Rechte Dritter	1733
§ 263 Vollstreckung gegen Ehegatten oder Lebenspartner	1739
§ 264 Vollstreckung gegen Nießbraucher	1744
§ 265 Vollstreckung gegen Erben	1744
§ 266 Sonstige Fälle beschränkter Haftung	1749
§ 267 Vollstreckungsverfahren gegen nicht rechtsfähige Personen- vereinigungen	1751
2. Unterabschnitt. Aufteilung einer Gesamtschuld	1752
Vor §§ 268 ff.	1752
§ 268 Grundsatz	1752
§ 269 Antrag	1753
§ 270 Allgemeiner Aufteilungsmaßstab	1755
§ 271 Aufteilungsmaßstab für die Vermögensteuer	1756
§ 272 Aufteilungsmaßstab für Vorauszahlungen	1756
§ 273 Aufteilungsmaßstab für Steuernachforderungen	1757
§ 274 Besonderer Aufteilungsmaßstab	1758
§ 275 [aufgehoben]	1758
§ 276 Rückständige Steuer, Einleitung der Vollstreckung	1758
§ 277 Vollstreckung	1760
§ 278 Beschränkung der Vollstreckung	1761
§ 279 Form und Inhalt des Aufteilungsbescheids	1763
§ 280 Änderung des Aufteilungsbescheids	1764
3. Unterabschnitt. Vollstreckung in das bewegliche Vermögen	1766
I. Allgemeines	1766
§ 281 Pfändung	1766
§ 282 Wirkung der Pfändung	1767
§ 283 Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen	1768
§ 284 Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners	1769
II. Vollstreckung in Sachen	1781
§ 285 Vollziehungsbeamte	1781
§ 286 Vollstreckung in Sachen	1782
§ 287 Befugnisse des Vollziehungsbeamten	1784
§ 288 Zuziehung von Zeugen	1788
§ 289 Zeit der Vollstreckung	1789
§ 290 Aufforderungen und Mitteilungen des Vollziehungsbeamten	1790
§ 291 Niederschrift	1790
§ 292 Abwendung der Pfändung	1791
§ 293 Pfand- und Vorzugsrechte Dritter	1792
§ 294 Ungetrennte Früchte	1793
§ 295 Unpfändbarkeit von Sachen	1795
§ 296 Verwertung	1798
§ 297 Aussetzung der Verwertung	1799
§ 298 Versteigerung	1800
§ 299 Zuschlag	1801
§ 300 Mindestgebot	1803
§ 301 Einstellung der Versteigerung	1804
§ 302 Wertpapiere	1804
§ 303 Namenspapiere	1805

§ 304	Versteigerung ungetrennter Früchte	1806
§ 305	Besondere Verwertung	1806
§ 306	Vollstreckung in Ersatzteile von Luftfahrzeugen	1807
§ 307	Anschlusspfändung	1807
§ 308	Verwertung bei mehrfacher Pfändung	1808
III.	Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	1811
§ 309	Pfändung einer Geldforderung	1811
§ 310	Pfändung einer durch Hypothek gesicherten Forderung	1819
§ 311	Pfändung einer durch Schiffshypothek oder Registerpfandrecht an einem Luftfahrzeug gesicherten Forderung	1821
§ 312	Pfändung einer Forderung aus indossablen Papieren	1822
§ 313	Pfändung fortlaufender Bezüge	1823
§ 314	Einziehungsverfügung	1823
§ 315	Wirkung der Einziehungsverfügung	1826
§ 316	Erklärungspflicht des Drittschuldners	1827
§ 317	Andere Art der Verwertung	1829
§ 318	Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung von Sachen	1830
§ 319	Unpfändbarkeit von Forderungen	1832
§ 320	Mehrfache Pfändung einer Forderung	1847
§ 321	Vollstreckung in andere Vermögensrechte	1850
4.	Unterabschnitt. Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	1853
§ 322	Verfahren	1853
§ 323	Vollstreckung gegen den Rechtsnachfolger	1858
5.	Unterabschnitt. Arrest	1859
§ 324	Dinglicher Arrest	1859
§ 325	Aufhebung des dinglichen Arrestes	1866
§ 326	Persönlicher Sicherheitsarrest	1866
6.	Unterabschnitt. Verwertung von Sicherheiten	1868
§ 327	Verwertung von Sicherheiten	1868
Dritter Abschnitt. Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen	1869
1.	Unterabschnitt. Vollstreckung wegen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	1869
Vor § 328	1869
§ 328	Zwangsmittel	1870
§ 329	Zwangsgeld	1872
§ 330	Ersatzvornahme	1873
§ 331	Unmittelbarer Zwang	1873
§ 332	Androhung der Zwangsmittel	1874
§ 333	Festsetzung der Zwangsmittel	1875
§ 334	Ersatzzwangshaft	1876
§ 335	Beendigung des Zwangsverfahrens	1877
2.	Unterabschnitt. Erzwingung von Sicherheiten	1878
§ 336	Erzwingung von Sicherheiten	1878
Vierter Abschnitt. Kosten	1878
§ 337	Kosten der Vollstreckung	1878
§ 338	Gebührenarten	1879
§ 339	Pfändungsgebühr	1879
§ 340	Wegnahmegebühr	1880
§ 341	Verwertungsgebühr	1881
§ 342	Mehrheit von Schuldnern	1882
§ 343	[weggefallen]	1882

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 344	Auslagen	1883
§ 345	Reisekosten und Aufwandsentschädigungen	1884
§ 346	Unrichtige Sachbehandlung, Festsetzungsfrist	1884

Siebenter Teil

Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

Vor §§ 347ff.	1887
Erster Abschnitt. Zulässigkeit	1889
§ 347 Statthaftigkeit des Einspruchs	1889
§ 348 Ausschluss des Einspruchs	1895
§ 349 [weggefallen]	1897
§ 350 Beschwer	1897
§ 351 Bindungswirkung anderer Verwaltungsakte	1905
§ 352 Einspruchsbefugnis bei der einheitlichen Feststellung	1911
§ 353 Einspruchsbefugnis des Rechtsnachfolgers	1918
§ 354 Einspruchsverzicht	1919
Zweiter Abschnitt. Verfahrensvorschriften	1921
§ 355 Einspruchsfrist	1921
§ 356 Rechtsbehelfsbelehrung	1925
§ 357 Einlegung des Einspruchs	1928
§ 358 Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	1933
§ 359 Beteiligte	1934
§ 360 Hinzuziehung zum Verfahren	1935
§ 361 Aussetzung der Vollziehung	1943
§ 362 Rücknahme des Einspruchs	1961
§ 363 Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	1963
§ 364 Mitteilung der Besteuerungsunterlagen	1971
§ 364a Erörterung des Sach- und Rechtsstands	1971
§ 364b Fristsetzung	1974
§ 365 Anwendung von Verfahrensvorschriften	1978
§ 366 Form, Inhalt und Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung	1981
§ 367 Entscheidung über den Einspruch	1984
§ 368 [weggefallen]	1994

Achter Teil

Straf- und Bußgeldvorschriften, Straf- und Bußgeldverfahren

Erster Abschnitt. Strafvorschriften	1995
<i>Vor §§ 369ff.</i>	1995
§ 369 Steuerstraftaten	1995
§ 370 Steuerhinterziehung	1997
§ 370a [aufgehoben]	2109
§ 371 Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	2109
§ 372 Bannbruch	2144
§ 373 Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel	2147
§ 374 Steuerhehlerei	2157
§ 375 Nebenfolgen	2167
§ 376 Verfolgungsverjährung	2171
Zweiter Abschnitt. Bußgeldvorschriften	2182
§ 377 Steuerordnungswidrigkeiten	2182

§ 378	Leichtfertige Steuerverkürzung	2186
§ 379	Steuergefährdung	2194
§ 380	Gefährdung der Abzugsteuern	2201
§ 381	Verbrauchssteuervergefährdung	2203
§ 382	Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben	2205
§ 383	Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungs- ansprüchen	2209
§ 383a	[aufgehoben]	2210
§ 383b	Pflichtverletzung bei Übermittlung von Vollmachtsdaten	2210
§ 384	Verfolgungsverjährung	2210
§ 384a	Verstöße nach Artikel 83 Absatz 4 bis 6 der Verordnung (EU) 2016/679	2213
Dritter Abschnitt. Strafverfahren		2214
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften		2214
§ 385	Geltung von Verfahrensvorschriften	2214
§ 386	Zuständigkeit der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2222
§ 387	Sachlich zuständige Finanzbehörde	2226
§ 388	Örtlich zuständige Finanzbehörde	2228
§ 389	Zusammenhängende Strafsachen	2229
§ 390	Mehrfache Zuständigkeit	2229
§ 391	Zuständiges Gericht	2230
§ 392	Verteidigung	2233
§ 393	Verhältnis des Strafverfahrens zum Besteuerungsverfahren	2238
§ 394	Übergang des Eigentums	2254
§ 395	Akteneinsicht der Finanzbehörde	2257
§ 396	Aussetzung des Verfahrens	2257
2. Unterabschnitt. Ermittlungsverfahren		2261
I. Allgemeines		2261
§ 397	Einleitung des Strafverfahrens	2261
§ 398	Einstellung wegen Geringfügigkeit	2266
§ 398a	Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen	2268
II. Verfahren der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten		2277
§ 399	Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2277
§ 400	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	2303
§ 401	Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren ..	2306
III. Stellung der Finanzbehörde im Verfahren der Staatsanwaltschaft		2308
§ 402	Allgemeine Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2308
§ 403	Beteiligung der Finanzbehörde	2309
IV. Steuer- und Zollfahndung		2310
§ 404	Steuer- und Zollfahndung	2310
V. Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen		2318
§ 405	Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2318
3. Unterabschnitt. Gerichtliches Verfahren		2319
§ 406	Mitwirkung der Finanzbehörde im Strafbefehlsverfahren und im selbständigen Verfahren	2319
§ 407	Beteiligung der Finanzbehörde in sonstigen Fällen	2319
4. Unterabschnitt. Kosten des Verfahrens		2321
§ 408	Kosten des Verfahrens	2321
Vierter Abschnitt. Bußgeldverfahren		2322
Vor § 409		2322

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 409	Zuständige Verwaltungsbehörde	2323
§ 410	Ergänzende Vorschriften für das Bußgeldverfahren	2323
§ 411	Bußgeldverfahren gegen Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer	2330
§ 412	Zustellung, Vollstreckung, Kosten	2331

Neunter Teil Schlussvorschriften

§ 413	Einschränkung von Grundrechten	2333
§ 414	<i>gegenstandslos</i>	2333
§ 415	<i>(Inkrafttreten)</i>	2333

Anlage:	Mustersatzung zu § 60	2334
----------------	-----------------------------	------

Sachverzeichnis	2337
------------------------------	------


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG